

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. h. c. h. A. Auer, Leipzig, Hauptstadt des Erzgebirges, Postfach 100. Druck: A. Auer, Leipzig, Hauptstadt des Erzgebirges, Postfach 100.

Das Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge erscheint wöchentlich 4 bis 5 Mal. Der Preis beträgt monatlich 4.00 Mk. Bei Abnahme von 6 Monaten 24.00 Mk., bei Abnahme von 12 Monaten 48.00 Mk. Die Anzeigenpreise sind nach dem Raum und der Zeit zu berechnen. Die Anzeigen werden nicht gelesen, wenn die Aufgabe der Anzeiger durch den Empfänger nicht erfolgt ist.

Nr. 259.

Sonntag, den 6. November 1920.

15. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Im Monat Oktober hat die deutsche Wulst über wieder die Einfuhr um 18 Millionen Mk. überbritten.

Wie mit Berliner Ententeletzen verlaufen, soll es zu einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich gekommen sein. Es wird behauptet, daß sich demnächst das Verhältnis zwischen beiden Mächten bedeutend verbessern würde.

Wie die Süddeutsche Zeitung meldet, dürften vermuthlich im November neue Verhandlungen zwischen Deutschland und der Entente wegen der Kohlenlieferungen beginnen.

Gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger ist nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden wegen dringenden Verdachtes der Steuerhinterziehung.

In Moskau sollen tatsächlich große Unruhen ausgebrochen sein. Aus Petersburg seien Truppen abgefordert, um den Aufruhr zu unterdrücken.

## Das Ergebnis des Kommunistentages.

Der Berliner Parteitag der Kommunisten, der Kasse und Halle von sozialistischer Energie übertrumpfen, ist ausgegangen wie das Hornborscher Schicksal. Er wurde nicht geschlossen, sondern auf Dezember vertagt. Im Dezember soll erst das Verbrüderungsseß mit den moskowitzisch orientierten Mitgliebern der unabhängigen Sozialdemokratie gefeiert werden. Der kommunistische Kongreß verließ also höchst elend. Neben kam nur in die Rede, wie man so sagt, durch die Meldung über Siege der roten Sowjetarmee über Wrangel. Da lang man die Internationale und verpulvert ein Sympathietelegramm nach Moskau. Es war eine hochtunende Aufregung. Ein anderer Zwischenfall: Ein kommunistischer Redakteur machte den Versuch, selbständig zu denken. Er trat dem Schlagwort vom Zerfall des Kapitalismus entgegen, behauptete, daß der Kapitalismus noch durchaus gefestigt sei und verlangte, daß man die Massen härter aufklären solle. Der gute Mann wurde mit allen gegen eine Stimme aus dem Saale geworfen. Es war Gefahr im Verzug. Das schöne Gebäude des Kommunismus, das nur von der Hoffnung auf den in kürzester Frist zu erwartenden englischen Zusammenbruch des Kapitalismus getragen wird, wäre ja sonst ins Wasser gekommen! Man ließ also nur die bewährten Bongen reden. Während die Referate der Genossen Thalheimer und Levi die politische und wirtschaftliche Krise vom allein richtigen Standpunkt des Kommunismus aus schilderten, und die Gegner der Revolution bis zur rechtsunabhängigen Partei mit Hohn und Schmutz bewarfen, wies Genosse Ernst Weber auf die Bundesgenossen der revolutionären Arbeiterschaft in der ganzen Welt, auf die kommunistische Internationale hin. Daß sei die Armee, die kämpfen werde; wenn auch zuerst noch die Waffen schloßen, müsse man sich doch grupplieren und üben. Die beste, weil deutlichste Rede hielt der Genosse Brandler, der die Betriebsräte und politischen Räte mobil machen will, offiziel, um die brennende Arbeitslosenfrage zu überwinden, heimlich um den Entscheidungs-kampf mit der bürgerlichen Welt vorzubereiten. Ein Diskussionsredner hat den Gedanken Brandlers noch deutlicher aufgedeckt, indem er sagte: Wir müssen den Betriebsräten als Wegweiser vorangehen, dann werden sie sich als die unterirdischen Winterer schlüßen, die das Gebäude des Kapitalismus von unten heraus minieren. Ein hübsches Bild aus der Hölle des Krieges angewandt auf das, was noch kommen soll, auf den Bürgerkrieg.

Das Ergebnis des Parteitages: Man lebt im kommunistischen Heerlager nur von der Hoffnung auf die endgültige Aktion. Darauf ist alles eingestellt. Die Ziel werden, wie die alte unabhängige Freiheit richtig bemerkt, bei den Kommunisten alle theoretischen und praktischen Fragen der Politik, der Wirtschaft und des Sozialismus angepaßt, sie werden umgewoben, schematisiert. Man hat nur noch das eine Ziel im Auge, die Bourgeoisie durch vereinigten Angriff zu überrumpeln. Die neue Zeitung der Moskowiter unter den Unabhängigen, sie nennt sich die Internationale, begrüßt denn auch freudig die Berliner Beschlüsse, wonach in wenigen Wochen die organisierten Geminnisse der völligen Verschmelzung befehtigt und eine große Massenpartei gebildet werden soll. Sie schreibt triumphierend wahrlich: Da in unseren Reihen der gleiche Wille lebt, können wir mit Gewißheit erwarten, daß in wenigen Wochen der sich immer mehr zusammenschließenden konrevolutionären Bourgeoisie die gesammelte Kraft des revolutionären Proletariats gegenübersteht wird. — Unter dem Zusammenschluß der konrevolutionären Bourgeoisie kann man sich verschiedenes denken, so den neuesten Ausbau der Organisation der Deutschen Arbeiterverbände, worüber das Wolffbüro eine kurze, aber weitläufige Meldung verbreitete, aber auch die neuerlich wieder so brennend werdende Dragefrage. Reichswehrminister Geßler hat sich loeben in einer Rede in Weibitz über das innerpolitische Wetter läßt befagt, daß dem außenpolitischen Fußand, vor dem Weltkrieg

ähnle. Ein Funke genüge, um jetzt den Bürgerkrieg zu entzünden. Also soll man abwarten? Wer wird aber den Anfang machen? Die vereinigten Kommunisten tun es nicht. Auch der Reichswehrminister wird sich dafür bedanken. Nur die stärkere Rüstung des bestehenden Staates hätte den Frieden. Herr Geßler sollte die Bundesgenossenschaft der bürgerlichen Welt nicht verschmähen.

## Deutschlands Lage in der Welt.

Et. Die Wahl des Senators von Ohio, Harding, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika bietet eine gute Gelegenheit, wieder einmal einen Ueberblick über die Situation zu geben. In der Deutschland und das deutsche Volk sich in der Welt und inmitten der anderen Völker befindet. Die Plattform, auf die Herr Harding seinerzeit als Kandidat der Republikanischen Partei sich festlegte, ist in ihrer Wert eine nicht läßt Zusammenfassung der großen politischen Fragen, die das amerikanische Volk bewegen. An erster Stelle wird da die Förderung der amerikanischen Schiffahrt aufgeführt, und man weiß, daß eigentlich keine Frage des amerikanischen Volk in allen seinen Schichten mehr beschäftigt, als die Kontinenz gegenüber England, deren Durchsührung bis zum Siege in der eroberten Formel des republikanischen Wahlsprogramms enthalten ist. Weiter wird ein separater Friede und die Ablehnung des Völkerbundes in der bisherigen Form gefordert. Abgesehen von dem letzten Punkt kann man also nicht sagen, daß die Politik, die der neue Präsident der amerikanischen Union zu befolgen haben wird, von irgendwelcher unmittelbar einwirkenden Bedeutung für Deutschland und für die Gestaltung des künftigen Verhältnisses zwischen dem Reich und der Union ist. Ein Zusammenhang wird aber trotzdem hergestellt durch die Ablehnung des Völkerbundes durch die amerikanischen Republikaner und den jetzigen Präsidenten Harding. Für Deutschland hat erst dieser Tage der Außenminister Dr. Simons sehr eindringliche Worte über den Völkerbund gesprochen, den er zwar nicht über, aber auch nicht unterschätzt wissen wollte. Man weiß, daß auch zwischen England und Frankreich die Gegensätze über die Ausgestaltung des Völkerbundes noch nicht beseitigt sind, und direkt und indirekt hängt damit auch der Kampf zwischen diesen beiden Ländern um den neuen Geist in der Weltpolitik zusammen, in dessen Verlauf jetzt die englische Erklärung über die Freiheit des deutschen Eigentums in England und der britische Widerstand gegen die französische Forderung einer unbegrenzten Wiedergutmachungsumme in den Vordergrund tritt sind. Nach der Stellung des neuen Präsidenten Harding ist nun vielleicht anzunehmen, daß die Völkerbundfrage und die Ratifizierung des Friedens nachhaltiger als bisher behandelt werden, und es liegt auf der Hand, daß dann Deutschland auf dem Plan sein möchte. Voraussetzung dafür wie für eine richtige Stellungnahme in dem Widerstreit der französisch-englischen Meinungen wäre aber die Erhaltung und Stärkung der Ruhe und Ordnung bei uns. In diesem Zusammenhang ist es daher zu bedauern, daß wieder Gerüchte über neue Wutische von rechts her im Umlauf sind, und auch die neue Streikwelle, die sich zu erheben scheint, ist zu den Tatsachen zu zählen, die nicht geeignet sind, jenes Erfordernis einer ungeschwächten Position Deutschlands auf dem politischen Kampfplatz der Welt zu sichern.

## Deutscher Reichstag.

Nachdem in der gestrigen Sitzung des Reichstages 88 kleine Anfragen erledigt worden waren, wurde die allgemeine Aussprache zum Etat fortgesetzt. Nachdem der Unabhängige Dr. Mann gesprochen hatte, betonte Reichskommissar Peters auf eine Anfrage wegen der

Entwöhnung der Drage und der übrigen Organisationen, daß zunächst die Lieferung der schweren Waffen, wie Geschütze, Maschinengewehre usw. erfolgen solle. Wegen der sonstigen Entwöhnung müsse man die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Ländern ins Auge fassen. In Bayern werde man sich nach den guten Erfahrungen mit der Drage nur schwer von ihr trennen, und bei unserem Landeshauptmann in Döpreußen liege es nicht anders. Man müsse daher in diesem Punkte etwas Zeit lassen. Am zwischen werde er mit dem bayerischen Minister verhandeln. (Dronische Zwischenrufe von links.) Er werde im übrigen seine Pflicht objektiv erfüllen, wie es das Gesetz vorschreibe, ohne sich von rechts oder links beeinflussen zu lassen.

Hg. Termination (Rom.) meint, daß der Friedensvertrag nicht erfüllt werden kann und einer Revision zu unterziehen ist aus rechtlichen, stichtlichen und wirtschaftlichen Gründen. Der Reichstag müsse hier die Initiative ergreifen, und zwar sei das eine Angelegenheit, welche den Völkerbund direkt angehe. Die Wiedergutmachungskommission habe nicht damit zu tun. Wir berufen uns immer noch auf die 14 Punkte Wilsons. In dem Waffenstillstandsprotokoll sei nichts davon erwähnt, aber dies Protokoll sei das einzige Schriftstück, auf welches die Entente ihre Forderungen stütze. Frankreich habe speziell erklärt, daß es an andere Schriftstücke als dies

Protokoll nicht gebunden sei. Auch Clemenceau trat stets diesen Standpunkt, wobei er speziell die Wiedergutmachung begründete. Die Petersburger Veröffentlichungen hatten aber bewiesen, daß uns nicht die Schuld am Kriege treffe. Somit seien die Voraussetzungen für den Frieden nicht zutreffend und der Grund für unsere Revisionsforderung gegeben. Die eigene Not mache und auch die Wiedergutmachung unmöglich, zumal unter diesem Titel alles Mögliche gefordert werde. Der Mangel erschwere das tägliche Leben und bedrohe das Gedeihen unserer Kinder, deren Sterblichkeit gegen 1918 um 60 Prozent gestiegen sei, wie ein englischer Export feststellt habe. Unsere Schiffe, die wir bauen, nehmen niemand ab, wir selbst dürfen sie nicht benutzen. Die Kohlenabgabe zwingt uns, einen Hofhofen nach dem anderen auszublauen. Nun kommt noch die Dieselmotorengeschichte, um uns den Todesstoß zu versetzen. Alles dies lähme den Willen und die Kraft unseres Volkes. Unsere 100 000 Mann kosteten 5 Milliarden, die 137 000 Mann der Entente im besetzten Gebiet das fünffache. Oberklesien ist eine neue Bergemalmung, deutschen Menschen und der Industrie, die Kohlenabgabe, die unter industriellen Leben können die Erfüllung des Friedensvertrages unmöglich machen. Das könne die Steuerbelastung. Weiter appelliert an die Parteien, alles andere zurückzugeben und nur die Revision zu verlangen. Alles andere habe keinen Zweck, da alles von dieser Frage abhängt.

Hg. Dr. Levy (Rom.) berührt in allen Reden die Sorge um das Volkswohl und um das Proletariat. Hg. Dr. Ullrich (Welle) wünscht den deutschen Wirtskäften die innere Kraft, ihr Volkstum zu bewahren. Hg. Dr. Eisenberger (Bayer. Bauernbund) behauptet, daß Bayern jetzt getwiffermaßen ein Heer der Reaktion werde. Die Monarchie habe das deutsche Volk ins Unglück gestürzt. (Großer Lärm.) Damit schloß die Besprechung. Nächste Sitzung Sonntagvorm. 10 Uhr: Interpellation Schiffer über Eupen-Malmédy, sowie mehrere andere Interpellationen.

## Kleine politische Meldungen.

Wichtigste Eingehung des Reichsanstalters. Wie die W. Z. am Freitag mitteilt, hat sich das Reichsanstalters dahin geeinigt, daß von der gesamten Staatsschuld aus dem Reichsanstalters ein Drittel durch die jetzt fertiggestellten Novelle beschleunigt eingezogen werden soll. Jeder zum Reichsanstalters Verpflichtete wird also ein Drittel seiner gesamten Staatsschuldigkeit in den nächsten Monaten zu bezahlen haben. Die Novelle bestimmt, daß dieses Drittel mindestens 10 Prozent des Vermögens des Staatsschuldigen betragen muß. Für die Zahlung des nunmehr einzuziehenden Drittels werden zwei Termine gewährt, von denen der erste auf den 1. Februar 1921 festgesetzt ist.

Ausbau des Reichsfinanzhofes. Die höchste Finanzbehörde des Reiches, der in München stationierte Reichsfinanzhof, ist ausgebaut worden. Er besteht jetzt aus einem Präsidenten, drei Senatpräsidenten, zwanzig Reichsfinanzräten und einem Hilfspräsidenten. Der Reichsfinanzhof gliedert sich in vier Senate, die auf das ganze Reich verteilt sind.

Rückgabe des deutschen Eigentums nach Amerika. Die Central News erzählt aus Washington von höchster diplomatischer Stelle, daß die Vereinigten Staaten nicht nur alles deutsche Eigentum, das während des Krieges beschlagnahmt worden war, zurückgeben müßten, sondern daß die Regierung der Vereinigten Staaten darauf bestehen wird, daß die von den Alliierten, insbesondere von Frankreich, geforderte Wiedergutmachung Deutschlands auf das allseitig eingetragte Maß herabgesetzt werde.

Zurückziehung amerikanische Guthaben aus Deutschland. Amerikanische Exportklemmen beginnen seit Tagen mit der Zurückziehung ihrer Guthaben bei deutschen Banken. Aus Hamburg sind allein in der letzten Woche für 82 Millionen Mark amerikanische Guthaben nach Amerika zurückgefordert worden.

Ein Antrag auf allgemeine Abrüstung. Die Pres.-Information meldet aus Stockholm: Schweden, Norwegen und Dänemark werden unmittelbar nach Eröffnung der Sitzungen des Völkerbundes in Genf einen gemeinsamen Antrag auf allgemeine Abrüstung zu Wasser und zu Lande einbringen. Man ist der Ansicht, daß Holland, Spanien und die Schweiz sich anschließen werden.

Die Französisierung im Saargebiet macht weitere Fortschritte. In der Gegend von Saarbrücken und Saargemünd haben die Franzosen im September und Oktober wiederum eine größere Anzahl von Grundstücken, Landhäusern und Waldgebieten teils käuflich erworben, teils gepachtet. Bereits heute ist in 22 größeren und über 80 kleineren Betrieben und Fabriken im Saargebiet französisches Kapital beteiligt.

Verkäufte Werbungen für die französische Fremdenlegation. Die französische Werbemittel für die Fremdenlegation teilt seit mehreren Tagen in der Rheinpfalz, im Rheinland und auch in den rechtsrheinischen Landen wieder stark in Erscheinung. Namentlich im Saargebiet und in der Westpfalz versuchen die Werber zum Teil mit Erfolg ihr Ziel, zumal es den Saargebietungen verboten ist, vor den Gefahren einer Umwerbung zur Fremdenlegation zu warnen.

Österreichische Deutsche unter Fremdherrschaft. In einem Sonderbericht hat der niederösterreichische Landtag seiner Tages über die Abreise von Gedietestellen des Bezirks Omland an die Tscheko-Slowakei Ausdruck gegeben. Der Landeshaupmann wies auf die erfolglosen Bemühungen der Regierung hin, gute deutsche Staatsbürger dem Vaterlande zu erhalten und nicht unter Fremdherrschaft zu stellen.

Eine überaus seltsame Offensiv. Nach einem Telegramm aus Warschau haben Gaidisow und General Balauschowitsch, der Oberkommandierende des polnischen russischen Armeekorps, gemeinsam an Pilsudski und Gomborowicz eine Depesche geschrieben, in der es heißt, die poln.